

Europarecht

Ein Studienbuch

Bearbeitet von

Von Prof. Dr. Dres. h.c. Thomas Oppermann, ehem. Mitglied des Staatsgerichtshofes, Prof. Dr. Claus Dieter Classen, und Dr. Martin Nettesheim

8. Auflage 2018. Buch. XLIII, 714 S. Kartoniert

ISBN 978 3 406 72633 0

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Europarecht , Internationales Recht, Recht des Auslands > Europarecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Oppermann/Classen/Nettesheim
Europarecht



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Europarecht

Ein Studienbuch

begründet von

Dr. iur. Dres. h. c. Thomas Oppermann

em. o. Professor an der Universität Tübingen

ehem. Mitglied des Staatsgerichtshofes für das Land Baden-Württemberg

fortgeführt von

Dr. iur. Claus Dieter Classen

o. Professor an der Universität Greifswald

Mitglied des Landesverfassungsgerichts und

Richter am Obergerverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern

und

Dr. iur. Martin Nettesheim

o. Professor an der Universität Tübingen

8., neu bearbeitete Auflage, 2018





beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 72633 0

© 2018 Verlag C.H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG/Druckhaus Nomos

In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH

Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

An der 8. Auflage dieses Lehrbuchs hat dessen Begründer, Herr Prof. Dr. Dr. h. c. *Thomas Oppermann* nicht mehr mitgewirkt. Er hat dieses Werk zunächst in alleiniger Verantwortung verfasst und mit seiner spezifischen, Bedürfnisse der Studierenden wie der Praxis gleichermaßen berücksichtigenden Herangehensweise zum führenden Lehrbuch des Europarechts gemacht. Nachdem er bereits vor einigen Jahren die beiden jetzigen Verfasser an der Arbeit beteiligt hat, hat er sich jetzt aus Altersgründen vollständig zurückgezogen. Die Verfasser werden sich bemühen, das Buch in seinem Geiste, von der Notwendigkeit der europäischen Integration überzeugt, aber mit realistischem Blick auch Probleme und Grenzen des Projekts erkennend fortzuführen.

Die Lage der Europäischen Union ist seit einigen Jahren durch außergewöhnliche Umstände geprägt. Zu der besonders von Griechenland seit 2010 ausgehenden und noch nicht vollständig bewältigten Schuldenkrise und dem großen Zustrom von Flüchtlingen aus Nahost und Afrika vor allem in den Jahren 2015 und 2016, aber bis heute anhaltend, ist die Einsicht getreten, dass das Projekt der europäischen Integration, wie es bislang verstanden wurde, zunehmend grundsätzlich in Frage gestellt wird. Das Vereinigte Königreich hat sich zum Austritt entschlossen, und vor allem in Polen, aber auch in Ungarn werden grundlegende Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, wie sie bislang für selbstverständlich erachtet wurden, in Frage gestellt. Nicht selten wird einer neuer, großer Wurf verlangt, ohne dass sich dieser in allgemein zustimmungsfähiger Form abzeichnen würde.

Die Entwicklung des sekundären Europarechts, der europäischen Rechtsprechung und der begleitenden Literatur wird in der Neuauflage bis ungefähr Frühjahr 2018 berücksichtigt. Der Aufbau des Buches ist grundsätzlich unverändert geblieben und ebenso unser Konzept, den Studierenden die wichtigen Grundlagen des Europarechts vorzustellen und gleichzeitig auch solche Politikbereiche, die eher den Praktiker des Europarechts interessieren. So werden dargestellt der „Allgemeine Teil“ des Unionsrechts (Institutionen, Quellen, Rechtsschutz, Demokratie, Grundrechte u. a. m.) und ebenso der Kern der meisten materiellen EU-Politiken (Binnenmarkt, Währungsunion, Wettbewerb, Außenbeziehungen u. a. m.). Bei den Grundrechten werden auch die – nicht zuletzt für die EU maßgeblichen – Garantien der EMRK mitbehandelt.

Die Paragraphen wurden unter uns gegengelesen und erörtert, sodass wir für Unvollkommenheiten die Verantwortung gemeinsam tragen.

Für wichtige Hilfe gebührt Dank am Lehrstuhl *Classen* den Damen und Herren *Christopher Bilz*, *Alexander Iben* und *Rebecca Laubach*, am Lehrstuhl *Nettesheim* den Damen und Herren *Christoph Fischer*, *Richard Herrmann*, *Sebastian Karl*, *Dr. Andreas Kulick*, *Julia Marie Polder*, *Tanja Schimmele*, *Tengfei Xu* und *Isolde Zeiler*. Ebenso danken wir unseren Lesern für willkommene Anregungen. Künftige Nachrichten werden an lassen@uni-greifswald.de bzw. an mail@nettesheim.org erbeten.

Wir danken ein weiteres Mal Rechtsanwalt *Dr. Johannes Wasmuth* vom Verlag C. H. Beck und seiner Umgebung für die gute Zusammenarbeit.

Möge das Buch wie bisher ein nützlicher Beitrag für die Juristenausbildung und ebenso für die juristische und politische Praxis hilfreich sein.

Greifswald und Tübingen, im Juli 2018

Claus Dieter Classen – Martin Nettesheim


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXV

1. Teil. Geschichtliche Entwicklung

§ 1. Die europäische Idee bis zur Gründung der EGKS 1952	1
§ 2. Die europäische Wirtschaftsintegration 1952–1992	6
§ 3. Die Herausbildung der Politischen Union: 1992 bis heute	11

2. Teil. Die Europäische Union – Grundlagen

§ 4. Theoretische Grundlagen der Integration	19
§ 5. Organe der Europäischen Union	29
§ 6. Weitere Institutionen der Europäischen Union	73
§ 7. Personal	82
§ 8. Finanzordnung	88

3. Teil. Integration durch Recht

§ 9. Rechtsquellen des Europäischen Unionsrechts	105
§ 10. Rang des Unionsrechts	150
§ 11. Rechtshandeln der EU-Institutionen	166
§ 12. Durchführung und Vollzug des Unionsrechts	193
§ 13. Rechtsschutz	210
§ 14. Haftung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten	238

4. Teil. Die Europäische Union und ihre Bürger

§ 15. Rechtsstaatliche Demokratie in der EU	247
§ 16. Unionsbürgerschaft	263
§ 17. Europäische Grundrechte	276

5. Teil. Wirtschaftsordnung der Europäischen Union

§ 18. Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik	312
§ 19. Währungsunion	333
§ 20. Wettbewerbsrecht und Unternehmen	343
§ 21. Wettbewerbsrecht und der Staat: Beihilfen, Daseinsvorsorge und öffentliche Aufträge	367

6. Teil. Binnenmarkt I: Warenverkehr und Dienstleistungen

§ 22. Binnenmarkt – Freier Warenverkehr	398
§ 23. Energie	417
§ 24. Landwirtschaft und Fischerei	425
§ 25. Freier Dienstleistungsverkehr	437
§ 26. Verkehr	449

7. Teil. Binnenmarkt II: Personen, Unternehmen und Soziales

§ 27. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	464
§ 28. Niederlassungsfreiheit	483
§ 29. Sozialpolitik und Beschäftigungspolitik	498

8. Teil. Binnenmarkt III: Finanzverkehr

§ 30. Kapital- und Zahlungsverkehr	508
§ 31. Finanzmärkte	516

9. Teil. Rechtsharmonisierung und Koordination

§ 32. Grundfragen der Rechtsangleichung und -harmonisierung	524
§ 33. Umwelt, Gesundheit, Polizei und Ausländer, Datenschutz: Zur Europäisierung des öffentlichen Rechts	540
§ 34. Forschung, Bildung und Sport, Kultur und Rundfunk: Zur Europäisierung des Kulturverwaltungsrechts	572
§ 35. Steuern	587
§ 36. Verbraucherschutz, geistiges Eigentum, Gesellschaftsrecht, Kollisions- und Prozessrecht: Zur Europäisierung des Privatrechts	605
§ 37. Zur Europäisierung des Strafrechts	624

10. Teil. Außendimension der Europäischen Union

§ 38. Gemeinsame Außenpolitik: Kompetenzen, Instrumente, Institutionen	631
§ 39. Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik	644
§ 40. Gemeinsame Handelspolitik und Entwicklungspolitik	660
§ 41. Europäische Assoziierung – Nachbarschaftspolitik	680
§ 42. Beitritt – Austritt	687

Sachverzeichnis	701
---------------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXXV
-----------------------------	------

1. Teil. Geschichtliche Entwicklung

§ 1. Die europäische Idee bis zur Gründung der EGKS 1952 (Classen)	1
I. Der europäische Gedanke bis 1919	1
II. Vorüberlegungen zur Europäischen Integration 1919–1945	3
III. Die Entwicklung der Europäischen Idee nach 1945	4
1. Züricher Rede Churchills 1946 und Europäische Bewegung	4
2. Erste Organisationsgründungen	4
§ 2. Die europäische Wirtschaftsintegration 1952–1992 (Classen)	6
I. Entstehung der Europäischen Gemeinschaften: 1950–1958	6
II. Wandel der „EG-Philosophie“ vom Föderalismus zum Pragmatismus: 1958–1969	7
1. Erfolge bei der Wirtschaftsintegration	7
2. Probleme auf der politischen Ebene	7
III. In kleinen Schritten in Richtung Europäischer Union: 1970–1985	8
IV. Binnenmarktprozess und andere Entwicklungen: 1985–1992	10
§ 3. Die Herausbildung der Politischen Union: 1992 bis heute (Classen)	11
I. Gründung der Europäischen Union (Maastricht 1992, Amsterdam 1997, Nizza 2001) und Osterweiterungen	11
II. EU-Reform 2001–2009 („Post-Nizza-Prozess“)	12
III. Die Union vor neuen schwierigen Herausforderungen	13
1. Die Schuldenkrise: 2009 bis heute	13
2. Die Flüchtlinge: 2015 bis heute	15
3. Der Brexit: 2016 bis heute	16
4. Akzeptanz- und Systemprobleme	16
IV. Ausblick: Die Union vor schweren Herausforderungen	17

2. Teil. Die Europäische Union – Grundlagen

§ 4. Theoretische Grundlagen der Integration (Classen/Nettesheim)	19
I. Überblick	19
II. Das Ziel der Integration: In welche Richtung soll die Integration gehen?	20
1. Langfristige Perspektiven: Zwischen Kooperationsverbund und Europäischer Föderation	20
2. Perspektiven mittlerer Reichweite: „Besseres Regieren“	21
III. Der Verlauf der Integration: Wie erklärt sich der Prozess?	23
1. Funktionalismus, Realismus, Neoliberalismus	23
2. Konstruktivistische Perspektiven	23
a) Die Maßgeblichkeit geschichtlicher, kultureller, normativer und sozialer Rahmengenheiten	23

b) Unterschiedliche Rechtskulturen	24
c) Institutionelle Veränderungen	24
d) Entwicklung genuin europäischer Ideen, Normen und Konventionen	25
3. Pfadabhängigkeiten und „lock-ins“	25
IV. Der Stand des Erreichten: Was ist die Europäische Union?	25
1. Die Art des Verbunds	25
2. Die Qualität des Verbunds	26
a) Rechtsgemeinschaft	26
b) Wertegemeinschaft	27
c) Die Sicherung von Frieden und Wohlstand	28
V. Ausblick	28
§ 5. Organe der Europäischen Union (Nettesheim)	29
I. Überblick	30
1. Die Organe der EU	30
2. Weitere Einrichtungen	31
3. Standorte der Institutionen	32
4. Sprachenregime der Europäischen Union	32
a) Sprachliche Geltung der Verträge (Vertragssprachen)	32
b) Regelung der Amtssprachen und Arbeitssprachen	33
II. Gewaltenteilung und Funktionenverschränkung	34
1. Funktionen und Institutionen	34
2. Institutionelles Gleichgewicht	36
III. Die Organe der Union	36
1. Das Europäische Parlament (EP)	36
a) Die Institution des Europäischen Parlaments	38
b) Beschlussverfahren des Europäischen Parlaments	42
c) Aufgaben des Europäischen Parlaments	42
d) Politische Parteien auf europäischer Ebene	45
2. Der Europäische Rat	46
a) Die Institution des Europäischen Rats	47
b) Beschlussverfahren des Europäischen Rats	47
c) Aufgaben des Europäischen Rates	48
3. Der Rat	49
a) Die Institution des Rats	49
b) Beschlussverfahren im Rat	52
c) Aufgaben und Funktionen des Rates	54
d) Die im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten	56
4. Die Kommission	56
a) Die Institution der Kommission	57
b) Beschlussverfahren der Kommission	62
c) Aufgaben und Funktionen der Kommission	63
5. Europäische Gerichtsbarkeit (EuGH und EuG)	66
a) Träger der rechtsprechenden Gewalt	67
b) Aufgaben der europäischen Gerichtsbarkeit	70
6. Der Rechnungshof (RH)	70
a) Die Institution des Rechnungshofs	71

b) Aufgaben und Befugnisse	71
IV. Ausblick	72
§ 6. Weitere Institutionen der Europäischen Union (Nettesheim)	73
I. Beratende Institutionen mit Verfassungsrang	74
1. Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA)	74
a) Die Institution des WSA	74
b) Aufgaben und Befugnisse	75
2. Ausschuss der Regionen (AdR)	76
a) Die Institution des AdR	77
b) Aufgaben und Befugnisse	77
II. Sonstige Einrichtungen	78
1. Organisationsgewalt der Europäischen Union	78
2. Das Spektrum weiterer EU-Einrichtungen	79
a) Dezentrale Unionsagenturen	80
b) Agenturen für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ...	80
c) Exekutivagenturen und weitere Typen	81
III. Ausblick	81
§ 7. Personal (Classen)	82
I. Notwendigkeit eines Europäischen Öffentlichen Dienstes	82
II. Grundlagen des europäischen Dienstrechts	82
1. Zur Grundstruktur des Europäischen Öffentlichen Dienstes	82
2. Rechtsgrundlagen	83
3. Laufbahnprinzip und Beförderungssystem	83
4. Auswahlverfahren	83
III. Status der Europabeamten	84
1. Begründung des Beamtenverhältnisses	85
2. Loyalitätspflichten und Disziplinarrecht	85
3. Statusrechte	85
4. Rechtsschutz	86
5. Beendigung des Beamtenverhältnisses	86
IV. Sonstige Europabedienstete	87
V. Kollektives Dienstrecht	87
1. Personalvertretung	87
2. Koalitionsrecht	87
a) Dialog Berufsverbände – Unionsorgane	87
b) Zum Streikrecht	88
VI. Ausblick: Europäische und internationale Bedienstete	88
§ 8. Finanzordnung (Nettesheim)	88
I. Wesen und Dimension der EU-Finanzordnung	89
II. Haushalt der Europäischen Union	91
1. Entwicklung des Haushaltswesens der EU	91
2. Grundlinien des EU-Haushaltsrechts	92
a) Rechtsgrundlagen	92
b) Haushaltsgrundsätze	93
3. Haushaltseinnahmen der Europäischen Union	94
a) Die Eigenmittel	94

b) Sonstige Haushaltseinnahmen	96
4. Haushaltsausgaben der Europäischen Union	96
a) Kompetenzielle Begrenzung der Ausgaben	96
b) Mehrjähriger Finanzrahmen	97
c) Die Ausgabenstruktur	97
5. Haushaltsverfahren, Haushaltsvollzug und Haushaltsabschluss	98
a) Entwurf des Haushaltsplanes (Art. 314 Abs. 1 AEUV)	99
b) Feststellung des Haushaltsplanes (Art. 314 Abs. 5 AEUV, Art. 40 HaushO)	99
c) Haushaltsvollzug (Art. 317 AEUV, Art. 53 ff. HaushO)	99
d) Rechnungslegung und Rechnungsprüfung (Art. 318 AEUV)	99
e) Entlastung der Kommission (Art. 319 AEUV, Art. 164 ff. HaushO)	100
6. Schutz der finanziellen Interessen der EU (Betrugsbekämpfung)	100
III. Unionsfinanzierung außerhalb des Haushalts, insbesondere Anleihen und Darlehen	101
1. Europäischer Entwicklungsfonds (EEF)	101
2. Anleihen und Darlehen der EU	101
a) Zur Verschuldungsfähigkeit der EU	101
b) Finanzierungsinstrumente der EU	102
IV. Ausblick	103

3. Teil. Integration durch Recht

§ 9. Rechtsquellen des Europäischen Unionsrechts (Nettesheim)	105
I. Die autonome und einheitliche Rechtsordnung des EU-Rechts	105
1. Der Rechtskorpus des „Unionsrechts“	105
2. Kennzeichen der Unionsrechtsordnung	106
a) Der Anspruch auf „Autonomie“	106
b) Vergemeinschaftung des Rechtserzeugungsprozesses	108
c) Supranationalität	109
d) Insbesondere: Geltung, unmittelbare Anwendbarkeit und Wirkung des Unionsrechts	109
II. Primärrecht	111
1. Die Verträge	112
2. Ungeschriebenes primäres Unionsrecht	113
a) Gewohnheitsrecht	114
b) Allgemeine Rechtsgrundsätze des Unionsrechts	114
3. Vertragsänderungen und Vertragsergänzungen	119
a) Vertragsänderung	120
b) Sonstige Vertragsergänzungen und -anpassungen	121
III. Sekundäres Unionsrecht	122
1. Das Primärrecht als Grundlage und Grenze von sekundärem Unionsrecht	122
2. Außensteuerung im Bereich des AEUV und des EAGV	123
a) Rechtsinstrumente – Überblick	123
b) Verordnung	124
c) Richtlinie	126

d) Beschluss	133
e) Empfehlung und Stellungnahme	135
f) Weiche Steuerungsformen	136
3. Außensteuerung im Bereich der GASP	139
4. Rechtsinstrumente zur Selbstorganisation des Integrationsverbands	139
a) Überblick	139
b) Beschlüsse	140
c) Entschließungen	140
d) Beschlüsse der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten	141
e) Interinstitutionelle Vereinbarungen	141
f) Sonstige Akte ohne Rechtsverbindlichkeit	142
IV. Völkerrecht im Unionsrecht	142
1. Völkergewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze des Völkerrechts	143
2. Völkerrechtliche Verträge	144
a) EU-Abkommen	144
b) Abkommen der Mitgliedstaaten	144
V. Auslegung des Unionsrechts	145
1. Unionsrechtliche Auslegungsmethoden zwischen Völkerrecht und Verfassungsrecht	145
2. Wortlautargumente	146
3. Der systematische Kontext	147
4. Historische Auslegung	148
5. Teleologische Argumente	148
6. Vertretbare, überzeugende und zwingende Entscheidungen	149
VI. Ausblick	150
§ 10. Rang des Unionsrechts (Nettesheim)	150
I. Normenkollisionen zwischen EU-Recht und nationalem Recht	151
1. Der Vorranganspruch des Unionsrechts	152
a) Verfassungähnliche Gründung einer autonomen Unionsrechtsordnung	152
b) Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs	153
c) Die europarechtliche Theorie in den Mitgliedstaaten	154
2. Die Akzeptanz des Vorrangs des Unionsrechts in der Rechtsprechung der Mitgliedstaaten	154
a) Deutschland	155
b) Andere Mitgliedstaaten	159
3. Konsequenzen des Vorrangs: Unanwendbarkeit des nationalen Rechts („Anwendungsvorrang“)	161
II. Normenhierarchie innerhalb des Unionsrechts	162
1. Rang und Vorrang des Primärrechts	163
2. Rangstufen innerhalb des Sekundärrechts	164
III. Ausblick	165
§ 11. Rechtshandeln der EU-Institutionen (Nettesheim)	166
I. Kompetenzen	166
1. Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	167

2. Formen der Kompetenzbegründung	168
a) Art. 352 AEUV	169
b) Implied-Powers-Lehre	170
3. Arten der Kompetenzen	170
4. Der Sonderfall der verstärkten Zusammenarbeit	172
5. Kompetenzausübungsregeln	173
a) Subsidiaritätsprinzip	173
b) Verhältnismäßigkeitsprinzip	176
II. Delegation von Befugnissen	176
1. Delegierte Rechtsetzung (Art. 290 AEUV)	177
2. Durchführungsrechtsetzung (Art. 291 AEUV)	177
3. Sonstige Delegation	178
III. Das Verfahren der Rechtsetzung	179
1. Die Wandlungen des Verfahrensrechts	179
2. Die Verfahrensarten: Überblick und Abgrenzungen	180
3. Ausgewählte Typen des Rechtsetzungsverfahrens	181
a) Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Art. 294 AEUV)	181
b) Das besondere Gesetzgebungsverfahren	186
c) Sonstige Rechtsetzungsverfahren	187
IV. Die Form der Rechtsetzung	188
1. Die Bezeichnung der Rechtsakte	188
2. Begründungspflicht	188
3. Veröffentlichung, Bekanntgabe und Inkrafttreten	189
a) Veröffentlichung und Bekanntgabe	189
b) Inkrafttreten	190
V. Bestandskraft, Änderung und Außerkrafttreten von Unionsrecht	191
1. Gültigkeit	191
2. Berichtigung von Rechtsakten	191
3. Änderung von Rechtsakten	192
VI. Ausblick	192
§ 12. Durchführung und Vollzug des Unionsrechts (Nettesheim)	193
I. Rahmenbedingungen des Vollzugs von Unionsrecht	193
1. Allgemeines	193
2. Die Entstehung eines europäischen Verwaltungsrechts	194
II. Direkte und indirekte Durchführung des Unionsrechts	196
1. Vollzug durch EU-Behörden (EU-Eigenverwaltung)	197
a) Organisationsgewalt	197
b) Vorgaben für Verwaltungsorganisation und -verfahren	198
c) Zugang zu Dokumenten	199
2. Durchführung durch mitgliedstaatliche Behörden	201
a) Prinzip der Durchführungszuständigkeit der Mitgliedstaaten?	201
b) Vorgaben für die mitgliedstaatliche Durchführung des Unionsrechts	204
c) Vollzugsdefizite	205
III. Vollstreckung des Unionsrechts	207
IV. Sanktionen gegenüber Privatpersonen	208
V. Ausblick	209

§ 13. Rechtsschutz (Classen)	210
I. Grundlagen der Rechtsschutzgewährung	210
1. Zur Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes durch nationale Gerichte	211
2. Zum Zuständigkeitskatalog der europäischen Gerichtsbarkeit	213
a) Die Zuständigkeiten der europäischen Gerichtsbarkeit	213
b) Zu den Funktionen der europäischen Gerichtsbarkeit	213
3. Verhältnis europäischer und nationaler (deutscher) Gerichtszuständigkeit	214
II. Allgemeine Prinzipien der Rechtsschutzgewährung durch die europäische Gerichtsbarkeit	216
1. Rechtsgrundlagen	216
2. Verteilung der Zuständigkeiten innerhalb der europäischen Gerichtsbarkeit	216
3. Zu Umfang und Intensität der gerichtlichen Prüfung	217
4. Prozessverfahren	217
a) Schriftliches Verfahren	218
b) Mündliches Verfahren	218
c) Verfahrensdauer	218
5. Urteile und ihre Wirkungen	218
6. Rechtsmittel	219
III. Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten (Art. 258 f. AEUV)	220
1. Wesen des Verfahrens	220
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	221
a) Beteiligte und Streitgegenstand	221
b) Verfahrensrechtliche Voraussetzungen	221
3. Urteil	222
IV. Nichtigkeitsklage und Untätigkeitsklage (Art. 263, 265 AEUV)	223
1. Wesen der Verfahren	223
2. Nichtigkeitsklage (Art. 263 AEUV)	224
a) Klagevoraussetzungen	224
b) Begründetheitsprüfung und Urteil	226
3. Untätigkeitsklage (Art. 265 AEUV)	227
4. Besonderheiten der Nichtigkeits- und der Untätigkeitsklage natürlicher und juristischer Personen (Art. 263 Abs. 4 und 5, 265 Abs. 3 AEUV)	227
a) Klageberechtigter Personenkreis	228
b) Anfechtbare Rechtsakte/angreifbare Untätigkeit	228
V. Amtshaftungsklage (Art. 268 AEUV)	231
VI. Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV)	231
1. Funktion des Vorabentscheidungsverfahrens	231
a) Verzahnung nationaler und europäischer Gerichtsbarkeit	231
b) Autoritative Auslegung und Gültigkeitskontrolle	232
2. Voraussetzungen einer Vorlage	232
a) Vorlageberechtigte Stelle: „Gericht“	232
b) Zulässige Frage: Auslegung von Unionsrecht, Gültigkeit von Sekundärrecht	233
c) „Entscheidungserheblichkeit“ der europäischen Norm	233

3. Vorlagepflichten	234
a) Vorlagepflicht letztinstanzlicher Gerichte	234
b) Ausnahmen von dieser Vorlagepflicht	234
c) Vorlagepflicht aller Gerichte bei Gültigkeitsfragen	234
d) Vorlagepflicht aller Gerichte von Verfassungen wegen	235
e) Rechtsfolgen der Missachtung der Vorlagepflicht	235
4. Verfahren und Folgen der Vorabentscheidung	235
a) Verfahrensrechtliche Aspekte	235
b) Urteil	236
5. Durchsetzung der Vorlagepflicht durch BVerfG und EGMR	236
VII. Gewährleistung einstweiligen Rechtsschutzes	237
VIII. Ausblick	237

§ 14. Haftung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten

(Classen)	238
I. Haftung der EU im Inneren	238
1. Vertragliche Haftung der EU	238
2. Außervertragliche Haftung der EU (Art. 340 Abs. 2 AEUV)	239
a) Haftbare Stellen und Haftung auslösendes Handeln	239
b) Verletzung Rechte Einzelner	240
c) Qualifikation des Rechtsverstoßes	240
d) Schaden	241
e) Kausalzusammenhang von Schaden und Rechtsverstoß	241
f) Persönliche Haftung der EU-Bediensteten	241
II. Haftung der Mitgliedstaaten bei Verletzungen des Unionsrechts	242
1. Grundsatzfragen	242
2. Die einzelnen Anspruchsvoraussetzungen	243
a) Haftbare Stellen	243
b) Verletzung Rechte Einzelner	244
c) Qualifikation des Rechtsverstoßes	245
d) Schaden	245
3. Ergänzende Haftung bei Vertrauensschutz?	246
III. Ausblick	246

4. Teil. Die Europäische Union und ihre Bürger

§ 15. Rechtsstaatliche Demokratie in der EU (Nettesheim)	247
I. Legitimität der EU in Zeiten der Krise	247
II. Demokratische Legitimität der EU	249
1. Die Legitimationskonstruktion der frühen Jahre: Einstimmigkeitserfordernis und Output-Orientierung	249
2. Die Suche nach angemessenen Legitimationsmustern	249
3. Die Architektur unionaler Demokratie	253
a) Gemeinwohldienliches Regieren („Output“) als Ausdruck von „Input“, Verfahren und Kontrolle	254
b) Gemeinwohlrealisierung durch repräsentative Amtsführung	257
c) Vor-institutionelle Voraussetzungen europäischer Demokratie	259

III. Rechtsstaats- und Demokratisierung im Verbund	260
IV. Perspektiven der Legitimationssuche	262
§ 16. Unionsbürgerschaft (<i>Nettesheim</i>)	263
I. Die Herausbildung eines Bürgerstatus	264
II. Die Einwirkung der Unionsbürgerschaft auf das mitgliedstaatliche Staatsangehörigkeitsrecht	265
III. Inhaltliche Dimensionen des „Grundstatus“ der Unionsbürgerschaft ...	266
IV. Freizügigkeit: Schutz der positiven und der negativen Freiheit	268
1. Persönlicher Anwendungsbereich	268
2. Sachlicher Anwendungsbereich	268
a) Schutz der Freiheit zur grenzüberschreitenden Mobilität	268
b) Schutz des Rechts zum Bleiben	269
3. Beeinträchtigung	270
4. Schranken	270
V. Das Recht auf Gleichbehandlung (Art. 21 iVm Art. 18 AEUV)	271
VI. Die politische Dimension der Unionsbürgerschaft	273
1. Wahlrecht bei Kommunalwahlen und zum Europäischen Parlament .	273
2. Diplomatischer und konsularischer Schutz	274
3. Petitions- und sprachliche Rechte	274
VII. Ausblick	275
§ 17. Europäische Grundrechte (<i>Classen/Nettesheim</i>)	276
I. Die Herausbildung der EU-Grundrechte	276
II. Grundlagen der EU-Grundrechtecharta	277
1. Allgemeines	277
2. Berechtigte und Verpflichtete	279
a) Adressaten	279
b) Berechtigte	281
3. Inhalt der Grundrechte	281
a) Grundrechte als Abwehrrechte: Schutzbereich – Eingriff – Schranken	281
b) Grundrechtliche Leistungs- und Schutzpflichten	284
III. Die anderen Grundlagen des EU-Grundrechtsschutzes	284
1. Die EMRK	284
a) Grundlagen der EMRK	285
b) Dogmatik der EMRK	285
c) Die Bedeutung der EMRK für den Grundrechtsschutz der EU ..	287
2. Das Verhältnis der in Art. 6 EUV genannten Rechtsquellen zueinander	288
IV. Einzelne Grundrechte	290
1. Fundamentalgarantien	290
a) Die Menschenwürde (Art. 1 GRC)	290
b) Recht auf Leben (Art. 2 Abs. 1 GRC, Art. 2 EMRK) – Verbot der Todesstrafe (Art. 2 Abs. 2 GRC, Art. 1, 6. ZP und 13. ZP)	290
c) Verbot von Folter und unmenschlicher Behandlung (Art. 4 GRC, Art. 3 EMRK)	291

d) Verbot der Sklaverei und Zwangsarbeit (Art. 5 GRC, Art. 4 EMRK)	291
2. Freiheitsrechte	291
a) Recht auf Achtung der Privatsphäre (Art. 7 und 8 GRC, Art. 8 EMRK, Art. 16 AEUV)	292
b) Schutz des Familienlebens und der Eheschließung (Art. 7 und 9 GRC, Art. 8 und 12 EMRK)	292
c) Schutz der Wohnung und Freiheit des Briefverkehrs (Art. 7 GRC, Art. 8 EMRK)	293
d) Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Art. 10 GRC, Art. 9 EMRK)	293
e) Meinungs- und Medienfreiheit (Art. 11 GRC, Art. 10 EMRK) ..	294
f) Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (Art. 12 GRC, Art. 11 EMRK)	295
g) Berufs- und Unternehmensfreiheit (Art. 15, 16 GRC)	296
h) Schutz des Eigentums (Art. 17 GRC, Art. 1 des 1. ZP)	296
i) Freizügigkeit, Asyl und Ausweisungsschutz (Art. 18f., 45 GRC, Art. 2–4, 4. ZP; Art. 1 des 7. ZP)	297
3. Ansprüche auf Gleichbehandlung	298
a) Allgemeiner Gleichheitssatz	298
b) Besondere Gleichheitssätze und Gleichstellungspolitik der EU ...	299
4. Soziale Rechte	302
5. Justizgarantien	303
a) Recht auf ein faires Verfahren (Art. 47 GRC, Art. 6, 13 EMRK, Art. 2–4 des 7. ZP)	303
b) Speziell strafrechtsbezogene Garantien	305
c) Recht auf Freiheit und Sicherheit (Art. 6 GRC, Art. 5 EMRK) ...	306
V. Die äußere Überwachung: EGMR und nationale Verfassungsgerichte ..	307
1. Schutz durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)	307
a) Organisation des Gerichtshofes	308
b) Zuständigkeiten und Verfahren	308
c) Urteile des EGMR und ihre Folgen	309
d) Die Kontrolle von Unionsrecht durch den EGMR	309
2. Schutz durch die nationale Verfassungsgerichtsbarkeit	310
VI. Ausblick	310

5. Teil. Wirtschaftsordnung der Europäischen Union

§ 18. Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik (<i>Nettesheim</i>)	312
I. Die Diskussion um die Wirtschaftsverfassung der EU	312
II. Die Fragmentiertheit der Wirtschaftsordnung	314
1. Die Verfassung des Binnenmarktes	315
2. Gestaltende Politik der EU – zwischen Liberalität und Interventionismus	315
III. Allgemeine Wirtschaftspolitik der EU	317
1. Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten	318
2. Die Stärkung der fiskal- und haushaltspolitischen Disziplin	319

a) Der Stabilitäts- und Wachstumspakt	320
b) Der Ausbau des Stabilisierungsregimes	320
c) Auf dem Weg zu einer „Europäischen Wirtschaftsregierung“?	323
3. Die „Rettungsmechanismen“	324
4. Wege aus der Krise	326
IV. Wirtschaftspolitik durch Kreditvergabe: Die Europäische Investitionsbank (EIB)	327
1. Gründung und Entwicklung der Europäischen Investitionsbank . . .	327
2. Status der Europäischen Investitionsbank	328
3. Aufgaben der EIB	329
V. Sektorale Wirtschaftspolitiken der EU: Das Beispiel der Regional- und Strukturpolitik	329
1. Entwicklung	330
2. Ziele und Instrumente	331
VI. Ausblick	332
§ 19. Währungsunion (Nettesheim)	333
I. Chancen und Risiken einer Währungsunion	333
II. Der Weg in die Europäische Währungsunion 1999	336
III. Die Europäische Währungsunion (EWU)	337
1. Europäische Zentralbank (EZB)	337
a) Die Institution der EZB	338
b) Die Unabhängigkeit der EZB	339
c) Kapital und Währungsreserven der EZB	340
2. Aufgaben und Ziele des Eurosystems	340
IV. Ausblick	342
§ 20. Wettbewerbsrecht und Unternehmen (Classen)	343
I. Grundlagen	343
1. Wettbewerb als Element des Binnenmarktes	343
2. Zur Entwicklung des europäischen Wettbewerbsrechts	345
3. Grundbegriffe des europäischen Wettbewerbsrechts	346
a) Adressaten des Wettbewerbsrechts	346
b) Relevanter Markt	347
c) Zwischenstaatsklausel	348
d) Bereichsspezifische Regeln	349
II. Das Kartellverbot und seine Ausnahmen (Art. 101 AEUV)	349
1. Grundstruktur	349
a) Kartellbegriff	349
b) Wettbewerbsbeschränkung	350
c) Spürbarkeitsklausel	350
d) Ausnahme nach Abs. 3	351
e) Rechtsfolgen des Kartellverbots	352
2. Einzelheiten zu horizontalen und vertikalen Vereinbarungen	352
a) Horizontale Vereinbarungen	352
b) Vertikale Vereinbarungen	353
III. Der Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung (Art. 102 AEUV)	353
1. Marktbeherrschende Stellung	354

2. Missbräuchliche Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung . .	354
3. Folgen eines Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung	355
IV. Die Fusionskontrolle (FusK)	356
1. Entstehung und Entwicklung der europäischen Fusionskontrolle . . .	356
2. Gegenstand der Fusionskontrolle: Zusammenschlüsse von unionsweiter Bedeutung (Art. 1, 3 FusK-VO)	357
3. Voraussetzungen des Verbots eines Zusammenschlusses (Art. 2 FusK-VO)	357
4. Fusionskontrollverfahren (Art. 4ff. FusK-VO iVm VO 802/2004) und Rechtsschutz	358
V. Nationales, europäisches und internationales Wettbewerbsrecht	359
1. Extraterritoriale Wirkungen europäischen Wettbewerbsrechts	359
2. Europäisches und nationales Wettbewerbsrecht	360
VI. Die Durchsetzung des Wettbewerbsrechts	361
1. Administrative Durchführung des Wettbewerbsrechts	361
a) Verwaltungsbefugnisse der Kommission	361
b) Sanktionsbefugnisse der Kommission	362
c) Aufgaben und Befugnisse der nationalen Behörden	363
2. Rechtsschutz im Wettbewerbsrecht	364
a) Rechtsschutz vor den europäischen Gerichten	364
b) Rechtsschutz gegen nationale Verwaltungsentscheidungen	365
c) Private Rechtsdurchsetzung vor nationalen Gerichten	365
VII. Ausblick: Erfolge und Zukunft der europäischen Wettbewerbspolitik	366
§ 21. Wettbewerbsrecht und der Staat: Beihilfen, Daseinsvorsorge und öffentliche Aufträge (Classen)	367
I. Grundlagen: Das wirtschaftliche Engagement des Staates im Binnenmarkt	367
II. Das Verbot nationaler Beihilfen und seine Ausnahmen	367
1. Grundlagen: Subventionen im europäischen Binnenmarkt	367
2. Die Unvereinbarkeitsklausel des Art. 107 Abs. 1 AEUV	369
a) Gewähren eines wirtschaftlichen Vorteils („Begünstigung“)	369
b) Gewährung staatlicherseits	370
c) Begünstigte: Unternehmen	371
d) Selektivität der Zuwendung	371
e) Wettbewerbsverfälschung	372
f) Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	372
3. Legalausnahmen und Ausnahmen nach Ermessen	373
a) Legalausnahmen (Art. 107 Abs. 2 AEUV)	373
b) Ausnahmen nach Ermessen (Art. 107 Abs. 3 AEUV)	374
4. Verhältnis zu anderen Regelungen des Unionsrechts	376
a) Verhältnis des Beihilferechts zu anderen Vertragsregelungen	376
b) Beihilferegime und Drittländer	377
5. Europäisches Beihilfeverfahren	377
a) Grundlagen	377
b) Kontrolle bestehender Beihilfen („repressive“ Kontrolle)	378
c) Kontrolle neuer Beihilfen (präventive Kontrolle)	379

d) Rechtswidrige Beihilfen und ihre Kontrolle	380
e) Rückforderung rechtswidriger Beihilfen	380
6. Rechtsschutz	381
a) Rechtsschutz für den Beihilfeempfänger	381
b) Rechtsschutz für Mitgliedstaat und Kommission	382
c) Rechtsschutz für die Konkurrenten	382
III. Öffentliche Unternehmen, Daseinsvorsorge und Wettbewerbsordnung	383
1. Das Grundproblem	383
2. Grundsätze	385
a) Wettbewerbliche Gleichbehandlung öffentlicher und privater Unternehmen	385
b) Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (Daseinsvorsorge/Service public)	385
c) Insbesondere: Beihilferechtliche Fragen	386
3. Praxis der europäischen Liberalisierung bei den Diensten von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse	387
a) Telekommunikation (TK)	388
b) Post	389
c) Sparkassen und Landesbanken	389
d) Weitere Bereiche	389
IV. Öffentliche Aufträge (Vergabewesen)	389
1. Grundlagen	390
2. Entwicklung des Sekundärrechts und deutsche Umsetzung	391
3. Anwendungsbereich	392
4. Kriterien und Verfahren der Auftragsvergabe	393
5. Rechtsschutz	395
6. Vergabeentscheidungen jenseits des Anwendungsbereichs der Richtlinien	396
V. Ausblick	396

6. Teil. Binnenmarkt I: Warenverkehr und Dienstleistungen

§ 22. Binnenmarkt – Freier Warenverkehr (Classen)	398
I. Grundlage: Der Binnenmarkt	398
1. Sinn und Zweck der Grundfreiheiten	399
2. Adressaten der Grundfreiheiten	400
3. Struktur der Prüfung der Grundfreiheiten	401
4. Zur Inländerdiskriminierung	403
5. Negative und positive Integration	403
6. Erfolge und Probleme der Marktintegration	403
II. Die Warenverkehrsfreiheit als Kernelement des Binnenmarktes	404
1. Ware	404
2. Unionswaren und Freiverkehrswaren	404
3. Inhalt der Warenverkehrsfreiheit	405
4. Die Entwicklung des freien Warenverkehrs seit 1958	405
III. Marktliberalisierung I: Die Zollunion	405
1. Abschaffung der Binnenzölle (Art. 28 ff. AEUV)	405
2. Abschaffung der Abgaben zollgleicher Wirkung	406

IV. Marktliberalisierung II: Verbot mengenmäßiger Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung (Art. 34ff. AEUV)	407
1. Anwendungsbereich	407
2. Verbot mengenmäßiger Beschränkungen	407
3. Verbot der Maßnahmen gleicher Wirkung wie mengenmäßige Beschränkungen (MgW)	408
a) Definition der MgW für die Wareneinfuhr durch die „Dassonville“-Formel	408
b) Eingrenzungen durch spätere Formeln	409
c) MgW bei der Beschränkung der Warenausfuhr	410
4. Mögliche Rechtfertigung von mengenmäßigen Beschränkungen und MgW	410
a) Ausnahmen vom Verbot von mengenmäßigen Beschränkungen und MgW nach Maßgabe von Art. 36 AEUV	410
b) Die „Cassis-Doktrin“: Rechtfertigung durch zwingende Erfordernisse des Handelsverkehrs	412
V. Nichtdiskriminierende Umformung staatlicher Handelsmonopole	413
1. Umformungsgebot	413
2. Handels- und Finanzmonopole	414
VI. Maßnahmen zur praktischen Verwirklichung des freien Warenverkehrs ..	414
1. Binnenmarktschädliche Aktionen Privater	414
2. Rechtsangleichung im Kontext der Warenverkehrsfreiheit	415
VII. Ausblick	416
§ 23. Energie (Classen)	417
I. Grundlagen	417
1. Die Bedeutung der Energiepolitik für die europäische Integration ...	417
2. Die Entwicklung der europäischen Energiepolitik	418
II. Primärrechtliche Grundlagen und sekundärrechtliche Ausformung der Energiepolitik (ohne Kernenergie)	419
1. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Energiepolitik	420
2. Sekundärrechtliche Ausformungen für die einzelnen Energiearten ...	420
a) Bevorratungspolitik	420
b) Die leitungsgebundenen Energieträger Erdgas und Elektrizität ...	420
c) Ökologische Aspekte der Energiepolitik	421
d) Außenbeziehungen	422
III. Das Kernenergieregime von EURATOM	423
1. Entwicklung von EURATOM und der Nutzung der Kernenergie in der EU	423
2. Grundstruktur des EAG-Vertrages	423
3. Aufgaben von EURATOM	424
a) Versorgung mit Brennstoffen	424
b) Gesundheitsschutz und nukleare Sicherheit	424
c) Weiterentwicklung der Kernenergie (Forschung/Gemeinsame Unternehmen)	424
IV. Ausblick	424

§ 24. Landwirtschaft und Fischerei (Classen)	425
I. Landwirtschaft und Fischerei: Administrierter Teil des Binnenmarktes	425
1. Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und Binnenmarkt	425
2. Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik	425
II. Primärrechtliche Grundlagen der Gemeinsamen Agrarpolitik	426
1. Zum Begriff der Landwirtschaft	426
2. Inhaltliche Vorgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik	427
a) Ziele der Agrarpolitik (Art. 39 AEUV)	427
b) Prinzipien der Gemeinsamen Agrarpolitik	427
c) Gemeinsame Agrarpolitik und allgemeine Vertragsregelungen	427
3. Die Rechtsgrundlagen der Gemeinsamen Agrarpolitik	428
III. Sekundärrechtliche Ausgestaltung der Landwirtschaftspolitik	429
1. Die Europäischen Marktordnungen im Bereich der Landwirtschaft	429
a) Finanzrelevante Regeln für den Agrarinnenmarkt	430
b) Agrarrechtsangleichung	430
c) Ergänzende Marktregelungen	431
d) Regeln für den Agraraußenhandel	431
2. Agrarstrukturpolitik („Entwicklung des ländlichen Raumes“)	431
a) Aufgaben und Grundlagen der Agrarstrukturpolitik	431
b) Entwicklung der Agrarstrukturpolitik	432
c) Stand der Agrarstrukturpolitik	432
3. Verwaltung und Finanzierung der Marktordnungen	432
a) Agrarverwaltung	432
b) Gemeinsame Agrarfinanzierung	433
IV. Gemeinsame Fischereipolitik	434
1. Tatsächliche Besonderheiten der Gemeinsamen Fischereipolitik	434
2. Gemeinsame Fischereipolitik und internationales Seerecht	435
3. Entwicklung der Gemeinsamen Fischereipolitik	435
4. Stand der Gemeinsamen Fischereipolitik	435
a) Erhaltung der Fischbestände	435
b) Gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse	436
c) EU-Außenbeziehungen in der Fischereipolitik	437
V. Ausblick	437
§ 25. Freier Dienstleistungsverkehr (Classen)	437
I. Grundlagen: Die Dienstleistungsfreiheit als Teil des Binnenmarktes	438
II. Marktliberalisierung im Bereich des Dienstleistungsverkehrs: Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56 ff. AEUV)	439
1. Anwendungsbereich der Dienstleistungsfreiheit	439
a) Dienstleistung	439
b) Ausnahmetatbestand: Ausübung öffentlicher Gewalt	440
c) Grenzüberschreitung der Dienstleistung	440
d) Keine Harmonisierung durch die Union	441
e) Personeller Anwendungsbereich	441
2. Das Verbot von Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit	441
3. Rechtfertigung für Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit	443
a) Grenzen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit (Art. 52 AEUV)	443

b) Immanente Grenzen der zwingenden Allgemeininteressen	443
III. Maßnahmen zur praktischen Verwirklichung des freien Dienstleistungsverkehrs	444
1. Grundlagen	444
2. Dienstleistungsrichtlinie	445
3. Berufsbezogene Regelungen	446
a) Anerkennung von Berufsqualifikationen	446
b) Rechtsanwälte und Notare im Besonderen	447
4. Entsenderichtlinie	448
5. Aufenthaltsrechtliche Begleitrechte	448
IV. Ausblick	449
§ 26. Verkehr (Classen)	449
I. Die Verkehrspolitik im Binnenmarkt	449
1. Doppelfunktion des Verkehrs im Binnenmarkt	449
2. Entwicklung der Gemeinsamen Verkehrspolitik seit 1958	449
II. Primärrechtliche Grundlagen der Gemeinsamen Verkehrspolitik	450
1. Inhaltliche Vorgaben für die gemeinsame Verkehrspolitik	450
2. Kompetenzgrundlagen der Gemeinsamen Verkehrspolitik	451
3. Der Verkehr und die sonstigen Vertragsregeln	451
III. Sekundärrechtliche Ausformung der Liberalisierung des Verkehrs	452
1. Liberalisierung bei der Erbringung von Verkehrsdienst- leistungen	453
2. Bereitstellung und Nutzung der Infrastruktur	453
3. Personenbezogene Regeln (Fahrerlaubnisse etc.)	455
IV. Sekundärrechtliche Sicherung fairer Wettbewerbsbedingungen	456
1. Preisregelungen	456
2. Beihilfenrecht	456
3. Standards für Beschäftigte und Nutzer	457
a) Sozialstandards für Beschäftigte	457
b) Verbraucherschutz (Fahrgastrechte etc.)	457
V. Weitere Maßnahmen	458
1. Verkehrssicherheit	458
2. Umweltschutz	458
3. Institutionelle Regelungen	459
VI. Internationale Beziehungen in der Verkehrspolitik	459
1. Landverkehr und Binnenschifffahrt	459
2. Seeverkehr	459
3. Luftverkehr	459
VII. Transeuropäische Netze (TEN)	460
1. Konzept der Transeuropäischen Netze	461
2. System des Titels Transeuropäische Netze	461
a) Ziele	461
b) Instrumentarium	461
c) Finanzierung	461
d) Verhältnis der TEN-Politik zu den Sachpolitiken des AEUV	462
3. Zur Praxis der TEN-Politik seit 1993	462
a) Verkehr	462

b) Telekommunikation	462
c) Energie	462
VIII. Ausblick: Perspektiven für den Verkehrsbinnenmarkt	462

7. Teil. Binnenmarkt II: Personen, Unternehmen und Soziales

§ 27. Freizügigkeit der Arbeitnehmer (<i>Nettesheim</i>)	464
I. Die Bedeutung der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Binnenmarkt	464
II. Marktliberalisierung: Die Gewährleistung der Arbeitnehmerfreizügigkeit	466
1. Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten	466
2. Vorrangiges Sekundärrecht	467
3. Gewährleistungsbereich	467
a) Berechtigte der Arbeitnehmerfreizügigkeit	467
b) Sachlicher Anwendungsbereich	469
c) Bereichsausnahme nach Art. 45 Abs. 4 AEUV	470
d) Räumlicher Geltungsbereich	471
e) Adressaten der Arbeitnehmerfreizügigkeit	471
4. Gewährleistungsumfang	472
a) Diskriminierungsverbot (Art. 45 Abs. 2 AEUV)	473
b) Beschränkungsverbot	474
5. Rechtfertigung	476
a) Öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit	476
b) Zwingende Gründe des Allgemeininteresses	477
III. Verwirklichung der Arbeitnehmerfreizügigkeit	478
1. Staatliche Schutzpflichten	478
2. Sekundärrechtliche Herstellung der Freizügigkeit	478
a) Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer	478
b) Die Freizügigkeit der Familienangehörigen	479
3. Gleichstellung im Aufenthaltsstaat	479
a) Überblick	479
b) Soziale Begleitrechte	480
c) Der Zugang zur Bildung	481
4. Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit	481
IV. Ausblick	482
§ 28. Niederlassungsfreiheit (<i>Nettesheim</i>)	483
I. Die Bedeutung der Niederlassungsfreiheit im Binnenmarkt	483
II. Marktliberalisierung: Die Gewährleistung grenzüberschreitender Mobilität	484
1. Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten	485
2. Vorrangiges Primär- und Sekundärrecht	485
3. Gewährleistungsbereich	485
a) Berechtigte der Niederlassungsfreiheit	486
b) Sachlicher Anwendungsbereich der Niederlassungsfreiheit	487
c) Bereichsausnahmen bei Tätigkeiten in Ausübung öffentlicher Gewalt	490
d) Räumlicher Geltungsbereich	490
e) Adressaten der Niederlassungsfreiheit	490

4. Beschränkung der Niederlassungsfreiheit	491
5. Schranken der Niederlassungsfreiheit	493
a) Art. 52 Abs. 1 AEUV: Grenzen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit	493
b) Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe	493
III. Begleitrechte der Niederlassungsfreiheit	495
IV. Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit	495
V. Ausblick	497
§ 29. Sozialpolitik und Beschäftigungspolitik (Classen)	498
I. Grundlagen: Das „Europäische Sozialmodell“	498
1. Zur Wechselbeziehung von Sozial- und Wirtschaftspolitik	499
2. Entwicklung der Europäischen Sozialpolitik seit 1958	499
3. Primärrechtliche Vorgaben im Bereich der Sozialpolitik	500
a) Soziale Grundrechte und soziale Aspekte der Grundfreiheiten	500
b) Soziale „Grenzen“ des Wettbewerbs im Binnenmarkt	502
II. Sozialpolitische Kompetenzen der EU und ihre Handhabung	502
1. Arbeitsrechtliche Harmonisierung (Art. 153 Abs. 1 lit. a)–i) AEUV)	502
a) Allgemeines	502
b) Arbeitsschutz („Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer“ – Art. 153 Abs. 1 lit. a) AEUV)	503
c) Individuelles Arbeitsvertragsrecht (Art. 153 Abs. 1 lit. b) und d) AEUV)	503
d) Kollektives Arbeitsrecht (Art. 153 Abs. 1 lit. d), e), f) AEUV)	504
2. Maßnahmen der offenen Koordinierung	505
3. Sozialer Dialog	505
III. Europäische Beschäftigungspolitik	505
IV. Europäischer Sozialfonds (ESF)	506
1. Entstehung und Entwicklung des Europäischen Sozialfonds	506
2. Tätigkeit des ESF	506
V. Ausblick: Soziale Dimension des Binnenmarktes oder Sozialunion?	507
 8. Teil. Binnenmarkt III: Finanzverkehr	
§ 30. Kapital- und Zahlungsverkehr (Nettesheim)	508
I. Grundlagen	508
II. Die primärrechtlichen Regelungen des Kapital- und Zahlungsverkehrs	509
1. Liberalisierung des Kapitalmarktes	510
a) Verhältnis zu den anderen Grundfreiheiten	511
b) Anwendungsbereich der Kapitalverkehrsfreiheit	511
c) Beschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheit	512
d) Rechtfertigung von Beschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheit	513
2. Gewährleistungspflichten	515
3. Freiheit des Zahlungsverkehrs	515
III. Ausblick	516
§ 31. Finanzmärkte (Nettesheim)	516
I. Liberalisierungs- und Harmonisierungsmaßnahmen zur Herstellung des Europäischen Finanzraums	518

II. Akteure und Finanzprodukte	518
III. Europäisches Kapitalmarktrecht	520
IV. Rahmenbedingungen	521
V. Ausblick: Vollendung des Europäischen Finanzraums?	522

9. Teil. Rechtsharmonisierung und Koordination

§ 32. Grundfragen der Rechtsangleichung und -harmonisierung

(<i>Classen</i>)	524
I. Funktion und Entwicklung der Rechtsharmonisierung in der EU	524
1. Bedeutung und Probleme der Rechtsharmonisierung	524
2. Entwicklung der europäischen Rechtsangleichung	526
II. Rechtsangleichung im Binnenmarkt (Art. 114 ff. AEUV)	527
1. Die zentrale Rechtsangleichungsnorm des Art. 114 AEUV	527
a) Voraussetzungen der Rechtsangleichung	527
b) Rechtsfolgen der Rechtsangleichung – nationale Alleingänge	530
2. Weitere Kompetenzen im Kontext des Binnenmarktes	531
a) Rechtsangleichung nach Art. 115 AEUV	531
b) Behandlung von Wettbewerbsverzerrungen (Art. 116, 117 AEUV)	531
c) Rechtstitel zum Schutz geistigen Eigentums (Art. 118 AEUV) ...	531
III. Rechtsharmonisierung im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des	
Rechts (RFSR; Art. 67 ff. AEUV)	531
1. Grundlagen des RFSR	531
2. Inhaltliche Elemente des RFSR	532
3. Sonderregelungen im Bereich des RFSR	533
a) Verfahrensmäßige Sonderregeln	533
b) Sonderstatus des Vereinigten Königreiches, von Irland und von	
Dänemark	533
IV. Sonstige Kompetenzen im Bereich der Rechtsharmonisierung	534
1. Bereichsspezifische Kompetenzen	534
2. Ergänzende Rechtsharmonisierung nach Art. 352 AEUV	535
V. Instrumente der Rechtsharmonisierung	536
1. Richtlinien und intensivere Formen der Rechtsharmonisierung	536
2. Intensität der Harmonisierung	536
3. Zur Fortentwicklung harmonisierten Rechts	537
4. Richterrechtliche Rechtsangleichung	537
VI. Gegenseitige Anerkennung in Ergänzung und als Alternative zur	
Rechtsharmonisierung	538
VII. Ausblick: Rechtsangleichung – eine „unendliche Geschichte“	540

§ 33. Umwelt, Gesundheit, Polizei und Ausländer, Datenschutz:

Zur Europäisierung des öffentlichen Rechts (<i>Classen</i>)	540
I. Grundfragen	540
1. Verfassungsrecht	540
2. Verwaltungsrecht	541
a) Grundsatzfragen	541
b) Bereichsübergreifende Herausforderungen für das allgemeine	
Verwaltungsrecht	543

c) Bereichsübergreifende Herausforderungen für das Verwaltungsprozessrecht	544
II. Umwelt	545
1. Die Herausbildung einer europäischen Umweltpolitik	545
2. Primärrechtliche Grundlagen der EU-Umweltpolitik	546
a) Spezifische Vorgaben für die Umweltpolitik (Art. 191 ff. AEUV) ..	546
b) Die Bedeutung der Umweltpolitik für die sonstige Unionspolitik (Art. 11 und 114 Abs. 3 AEUV)	547
c) Der Tierschutz in der Unionspolitik (Art. 13 AEUV)	547
3. Zuständigkeiten im Bereich der EU-Umweltpolitik	548
a) Rechtsetzungskompetenz im Umweltbereich (Art. 192 Abs. 1–3 AEUV)	548
b) Die Umweltaußenkompetenz der EU (Art. 191 Abs. 4 AEUV) ..	549
c) Nationale Regelungsspielräume (Art. 193 AEUV)	549
4. Die sekundärrechtliche Ausformung des allgemeinen Umweltrechts	550
5. Die sekundärrechtliche Ausformung des besonderen Umweltrechts ..	551
a) Natur- und Artenschutz	551
b) Gewässerschutz	552
c) Luftreinhaltung und Klimaschutz	553
d) Lärmschutz	554
e) Abfall	555
f) Gefährliche Stoffe, insbesondere Chemikalien	556
g) Biotechnologie und Gentechnik	556
h) Produktbezogene Regelungen	557
6. Die Beteiligung der EU am internationalen Umweltschutz	557
7. Konsequenzen für das deutsche Recht	558
III. Gesundheit	558
1. Grundlagen und Entwicklung der europäischen Gesundheits- politik	559
2. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Gesundheitspolitik ..	559
a) Allgemeines	559
b) Apotheken, Krankenhäuser, Krankenkassen und das allgemeine Wirtschaftsrecht	560
c) Kompetenzen im Bereich der europäischen Gesundheitspolitik nach Art. 168 AEUV	561
d) Sonstige gesundheitsrelevante Zuständigkeiten der EU	562
3. Die sekundärrechtliche Ausformung der europäischen Gesundheitspolitik	562
a) Harmonisierung des Arzneimittel- und Medizinprodukterechts sowie Regelung der Organtransplantation	562
b) Die Sicherung der grenzüberschreitenden medizinischen Versorgung	563
c) Gesundheitsprogrammatische Aktionen der Unionsorgane	564
4. Die sekundärrechtliche Ausformung des Lebensmittelrechts	564
IV. Polizei- und Ausländerrecht („Schengen“)	565
1. Abbau der Personenkontrollen an den EU-Binnengrenzen und Sicherung der Außengrenzen	565
2. Die Politik gegenüber Drittstaatsangehörigen	566

3. Polizeikooperation	569
4. Maßnahmen gegen die Finanzierung von Terrorismus	570
V. Datenschutzrecht	570
VI. Ausblick	572

§ 34. Forschung, Bildung und Sport, Kultur und Rundfunk:

Zur Europäisierung des Kulturverwaltungsrechts (Classen)	572
I. Forschung und Technologische Entwicklung	572
1. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik	572
2. Sekundärrechtliche Ausformung der Europäischen Forschungs- und Technologiepolitik	573
3. Exkurs: Europäische Forschungsförderung außerhalb der EU	574
4. Die Förderung der Raumfahrt	574
II. Bildung und Sport	575
1. Entwicklung der europäischen Bildungsaktivitäten	575
2. Primärrechtliche Grundlagen der Europäisierung der Bildungspolitik	575
a) Spezifische Kompetenzen für die Bildungspolitik	575
b) Allgemeines Diskriminierungsverbot (Art. 18 AEUV) und Freizügigkeitsrecht (Art. 21 AEUV)	576
c) Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit (Art. 56, 49 AEUV)	576
d) Bereichsspezifische bildungsrelevante Regelungen	576
3. Die sekundärrechtliche Ausformung der europäischen Bildungspolitik	577
4. Europäische Bildungspolitik jenseits der Verträge	577
a) EU-externe Bildungseinrichtungen	577
b) Der Bologna-Prozess und die gegenseitige Anerkennung von Studienzeiten	578
5. Europa und der Sport	579
a) Der Sport und das europäische Wirtschaftsrecht	579
b) Sportpolitische Kompetenzen und Aktivitäten	580
III. Kultur	580
1. Grundlagen: Die Europäische Integration und die Kultur	580
a) „Kultur“ im Zusammenhang der Unionsverträge	580
b) Entwicklung des kulturellen Engagements der EU	581
2. Die primärrechtlichen Grundlagen der europäischen Kulturpolitik ..	581
a) Zum Kulturbegriff	581
b) Die spezifische Kulturkompetenz (Art. 167 AEUV)	582
c) Die Kultur und das allgemeine Vertragsrecht	582
3. Die sekundärrechtliche Ausformung der europäischen Kulturpolitik	583
a) Spezifisch kulturpolitisch ausgerichtete Akte	583
b) Maßnahmen zur Sicherung der Besonderheiten der Kultur im Wirtschaftsleben	583
4. Europäische Kulturpolitik außerhalb der EU-Verträge	584
IV. EU-Rundfunkordnung	584
1. Entwicklung der europäischen Rundfunkordnung	584
2. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Rundfunkordnung ..	585
a) Grundfreiheiten	585

b) Wettbewerbsrecht	585
c) Grundrechte	586
3. Europäische Harmonisierung des Rechts der audiovisuellen Medien	586
V. Ausblick	587
§ 35. Steuern (Nettesheim)	587
I. Grundlagen	587
1. Verbot der Steuerdiskriminierung und Kompetenzen zur Steuerharmonisierung	589
a) Begrenzte Aufgaben der EU im Steuerbereich	589
b) Harmonisierung indirekter Steuern als Schwerpunktbereich	589
c) Harmonisierung direkter Steuern vs. Systemwettbewerb	590
2. Unionssteuern	591
II. Verbot der Steuerdiskriminierung (Art. 110 AEUV)	592
1. Die Bedeutung des Diskriminierungsverbots nach Art. 110 AEUV ..	592
a) Sicherung der Wettbewerbsneutralität	592
b) Bestimmungslandprinzip und Diskriminierungsverbot	593
c) Besteuerung „hinter der Grenze“ und Diskriminierungsverbot ..	593
2. Abgrenzung zu anderen Regelungen des Vertrags	594
a) Zollgleiche Abgaben und parafiskalische Abgaben	594
b) Maßnahmen im Sinne von Art. 37 AEUV – Handelsmonopole ..	594
c) Beihilfen	595
3. Anwendungsvoraussetzungen des Art 110 Abs. 1 AEUV	595
a) Abgaben im Sinne von Art. 110 AEUV	595
b) Gleichartigkeit der Waren	595
c) Vorliegen einer Schlechterstellung	595
4. Anwendungsvoraussetzungen des Art 110 Abs. 2 AEUV	596
III. Die Harmonisierung der mitgliedstaatlichen Steuersysteme	597
1. Sinn und Grenzen der EU-Steuerharmonisierung	597
2. EU-Recht und indirekte Steuern	598
3. EU-Recht und direkte Steuern	601
a) Kompetenzen	601
b) Die Besteuerung der Einkünfte natürlicher Personen	602
c) Unternehmensbesteuerung	603
4. Zusammenarbeit der Finanzverwaltungen	603
IV. Ausblick	604
§ 36. Verbraucherschutz, geistiges Eigentum, Gesellschaftsrecht, Kollisions- und Prozessrecht: Zur Europäisierung des Privatrechts (Classen)	605
I. Grundsatzfragen	605
1. Grundprobleme der Privatrechtsharmonisierung	605
2. Gemeinsamer Referenzrahmen	606
3. Optionales Vertragsrecht	607
II. Verbraucherschutz	607
1. Grundlagen und Entwicklung der europäischen Verbraucherschutzpolitik	607
2. Grundfragen der europäischen Verbraucherschutzpolitik	608

a) Aufgaben des Verbraucherschutzes	608
b) Rechtsetzungskompetenzen im Bereich des Verbraucherschutzes (Art. 169 Abs. 2 und 3 AEUV)	609
c) Sonstige vertragliche Regelungen zum Verbraucherschutz	609
3. Die sekundärrechtliche Ausformung der europäischen Verbraucher- schutzpolitik	609
a) Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Verbraucher	610
b) Schutz der Wirtschaftsinteressen	610
c) Wiedergutmachung von Schäden	611
d) Rechtsdurchsetzung	611
e) Lauterkeitsrecht	611
III. Das geistige Eigentum im Binnenmarkt	612
1. Geistiges Eigentum und die materiellen Regeln des Vertragsrechts	612
2. Die Schaffung eines europäischen Rechts des geistigen Eigentums	614
a) Kompetenzrechtliche Grundlagen	614
b) Patentrecht	614
c) Markenrecht	615
d) Geschmacksmuster, Sorten u. ä.	615
e) Urheberrecht	615
f) Rechtsdurchsetzung	616
IV. Gesellschafts- und Unternehmensrecht	616
1. Grundfragen	617
2. Gesellschaftsrechtliche Rechtsangleichung	618
3. Europäische juristische Personen	618
V. Prozess- und Kollisionsrecht	619
1. Verfahrensrecht	619
2. Kollisionsrecht	622
3. Familien- und Erbrecht	623
VI. Ausblick	624
§ 37. Zur Europäisierung des Strafrechts (Classen)	624
I. Grundlagen der Europäisierung des Strafrechts	624
II. Die Angleichung des materiellen Strafrechts (Art. 83 AEUV)	626
III. Die Europäisierung des Strafverfahrensrechts	627
1. Zum Strafverfahrensrecht i. e. S. (Art. 82 AEUV)	627
2. Eurojust und Europäische Staatsanwaltschaft (Art. 86 AEUV)	629
IV. Ausblick	630

10. Teil. Außendimension der Europäischen Union

§ 38. Gemeinsame Außenpolitik: Kompetenzen, Instrumente, Institutionen (Nettesheim)	631
I. Die Außenbeziehungen der EU zwischen Integration und Intergouvernementalismus	631
II. Grundlagen der auswärtigen Gewalt der EU	634
1. Völkerrechtsfähigkeit	635
2. Grundlegende Rechtsstellung	635
III. Rechtsgrundlagen der EU-Außenbeziehungen	636

1. Kompetenzen	636
a) Explizite und implizite Zuständigkeiten	637
b) Ausschließliche Zuständigkeiten	639
c) Geteilte und parallele Außenzuständigkeiten	639
2. Vertragsschließungsverfahren des AEUV (Art. 218 AEUV)	641
a) Allgemeines	641
b) Die Phasen des Vertragsschlusses	642
c) Bindungswirkung der Abkommen (Art. 216 Abs. 2 AEUV)	643
IV. Ausblick	644
§ 39. Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik	
<i>(Nettesheim)</i>	644
I. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	644
1. Die rechtlich/institutionelle Regelung der GASP im EU-Vertrag (Art. 23–41 EUV)	647
2. Institutionelle Struktur der GASP (Art. 26ff. EUV)	647
a) Der Europäische Rat (Art. 26 EUV)	648
b) Der Rat (Art. 26 Abs. 2 EUV)	648
c) Der Hohe Vertreter (Art. 27 EUV) und der Europäische Auswärtige Dienst	648
d) Die Kommission und das Europäische Parlament	649
e) Sonderbeauftragte (Art. 33 EUV)	650
3. Rechtsinstrumente der GASP (Art. 25 EUV)	650
a) Allgemeine Leitlinien	651
b) Beschlüsse	651
c) Ausbau der systematischen Zusammenarbeit	652
d) Abschluss von Übereinkünften mit Drittstaaten und Internationalen Organisationen (Art. 37 EUV)	652
4. Finanzierung der GASP (Art. 41 EUV)	652
5. Die zwiespältige Rechtsgestalt der GASP	653
II. Europäisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik	653
1. Zwischenschritte auf einem mühsamen Weg	654
2. Institutionelle Strukturen der GSVP	655
a) Übergreifende Strukturen	655
b) Besondere GSVP-Einrichtungen	656
c) Umfeld der GSVP	656
3. Ziele und Aufgaben der GSVP	657
4. Mittel der GSVP	658
a) Militärische Kapazitäten	658
b) Rüstungspolitische Zusammenarbeit	659
c) Zivile Komponente der GSVP	659
5. GSVP und Mitgliedstaaten	659
III. Ausblick	660
§ 40. Gemeinsame Handelspolitik und Entwicklungspolitik	
<i>(Nettesheim)</i>	660
I. Die Gemeinsame Handelspolitik als Kernstück der integrierten EU-Außenbeziehungen	661

II. Die Außendimension der Zollunion	662
1. Der Gemeinsame Zolltarif (GZT)	662
2. Zollrechtsangleichung, Zollkodex und Strategien für die Zollunion	663
3. Zollgleiche Abgaben im Handel mit Drittstaaten	664
III. Die Gemeinsame Handelspolitik	664
1. Vertragliche Grundlagen	664
a) Offenheit und Liberalität	664
b) Kompetenzzumfang	665
c) Qualität der Kompetenzen	666
d) Verfahren	668
2. Überblick über die autonome Handelspolitik	668
a) Einfuhrregime	668
b) Ausfuhrregime	669
c) Handelspolitische Maßnahmen der EU	670
3. Die vertragliche Handelspolitik: Das Beispiel der WTO-Mitgliedschaft	673
a) Vom GATT 1947 zur WTO 1994	673
b) Überblick über das WTO-Recht	674
c) EU-Mitgliedschaft in der WTO	675
d) Handelspolitische Bedeutsamkeit der WTO für die EU	677
IV. EU-Entwicklungspolitik	677
1. Die Entwicklung der vertraglichen Grundlagen	677
2. Assoziierung der Überseeischen Länder und Hoheitsgebiete (ÜLG – Art. 198–204 AEUV)	678
3. Entwicklungspartnerschaft der EU mit den AKP-Staaten („Lomé-Cotonou-Politik“)	679
4. EU-Entwicklungszusammenarbeit (Art. 208–211 AEUV)	679
V. Ausblick	679
§ 41. Europäische Assoziierung – Nachbarschaftspolitik (Nettesheim)	680
I. Grundlagen	681
II. Rechtsgrundlagen der Assoziierung	681
III. Praxis europäischer Assoziierung	683
IV. Europäische Nachbarschaftspolitik	684
1. Grundlagen einer Europäischen Nachbarschaftspolitik	684
2. Durchführung der ENP	686
§ 42. Beitritt – Austritt (Nettesheim)	687
I. Die Europäische Union innerhalb Gesamteuropas	687
II. Beitrittskonzept des EU-Vertrages	688
1. Der Beitritt nach Art. 49 EUV	688
2. Beitrittsvoraussetzungen	689
a) Begriff des europäischen Staats	689
b) Kopenhagener Kriterien	690
3. Beitrittsverfahren	691
a) Einleitungsphase	691
b) Verhandlungsphase	691
c) Abschlussphase	692

4. Wirkungen des Beitritts	693
5. Wandlungen der EU durch die Beitritte	693
III. Beitrittspraxis	693
IV. Weitere Beitrittsperspektiven	695
1. Balkanerweiterung	695
2. Türkei	696
3. EWR-Raum und Schweiz	697
V. Austritt aus der Europäischen Union	697
VI. Ausblick	699
Sachverzeichnis	701